

Bundesländer im Vergleich: Ergebnisse der Studie Altersvorsorge in Deutschland 2005 auf Länderebene

Dina Frommert

Beim Thema Alterssicherung werden oft Durchschnittsbeträge für die alten und neuen Bundesländer betrachtet. Hier zeigen sich zwar deutliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen, Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern können allerdings nicht erkannt werden. Der folgende Beitrag stellt Alterssicherungsanwartschaften für Deutsche der Geburtsjahrgänge 1942–1961 auf der Ebene der Bundesländer dar. Gerade bei einem Vergleich der alten Bundesländer zeigen sich sehr deutliche Unterschiede in der Höhe der künftigen Anwartschaften sowohl bei der gesetzlichen Sicherung als auch bei den gesamten Alterseinkommen. Unterschiedliche Entwicklungen, z. B. bei der Beschäftigungsstruktur, spiegeln sich in den projizierten Alterssicherungsanwartschaften wider.

1. Einleitung

Zur Beantwortung aktueller Fragestellungen werden immer öfter Daten benötigt, die nicht nur Aussagen für die Bundesrepublik als Ganzes, sondern auch für kleinere Einheiten und Regionen erlauben. Aktuelle Beispiele aus dem Bereich der kommerziellen Marktforschung und -beratung wären der regionalisierte GfK Kaufkraftindex, der Vorsorgeatlas Deutschland der Union Investment oder der Zukunftsatlas 2007 von Prognos¹. Auch

Dina Frommert ist Mitarbeiterin im Referat Befragungen zur Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund.

¹ Vgl. GfK (2009): Kaufkraft Deutschland 2009, www.gfk-geomarketing.de; Union Investment (2009): Vorsorgeatlas Deutschland, www.Altersvorsorge.de; Prognos (2007): Zukunftsatlas 2007, www.prognos.com/zukunftsatlas, zuletzt aufgerufen am 27.7.2009.

² Die Datenbank findet sich unter www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon.

³ Vgl. z. B. Deutsche Rentenversicherung Bund (2008): Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften Band 22, S. 138 ff. Zu Hintergrund und Umsetzung vgl. Rehfeld (1988): Unterschiedliche Berentungsintensitäten in den Regionen, in: Goeschel, Harms (Hrsg.): Raumordnung und Sozialpolitik, Frankfurt/Main.

⁴ Vgl. Steppich (2009): Möglichkeiten von Regionalauswertungen mit den Daten der gesetzlichen Rentenversicherung (DRV), in: DRV 64/2, S. 148–167.

⁵ Vgl. aktuell Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2009): Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland, www.armutsatlas.de, zuletzt aufgerufen am 24.7.2009.

⁶ Bisher erschienen z. B. TNS Infratest Sozialforschung (2007): AVID 2005. Alterseinkommen und Biografie, DRV-Schriften, Band 75 und BMAS-Forschungsbericht Band 365; Frommert, Ohsmann, Rehfeld (2008): Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 2005) – Die neue Studie im Überblick, in: DRV 63/1, S. 1–19; Frommert, Loose (2008): Einbeziehung von (ungesicherten) Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung: Wie sich eine lückenlose Beitragszahlung auf ihre Alterssicherung auswirken würde, in: Soziale Sicherheit 57/12, S. 410–413; Ehler, Frommert (2009): Für eine Pflichtversicherung bei Selbstständigkeit ohne obligatorische Alterssicherung, in: DRV 64/1, S. 36–57.

das Statistische Bundesamt bietet über eine Datenbank regionalisierte Informationen an². Die Deutsche Rentenversicherung publiziert seit 1992 in ihrer Routineberichterstattung ebenfalls Ergebnisse auf der Ebene der Bundesländer³. Aktuell werden vom Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (RV) Konzepte entwickelt, die eine Differenzierung nach kleineren Einheiten wie z. B. Raumordnungsregionen ermöglichen⁴.

Mit regionalisierten Informationen sollen Unterschiede sichtbar gemacht werden, die ansonsten von den Darstellungen im Aggregat verdeckt werden. Insbesondere problematische Strukturen oder Entwicklungen sollen aufgezeigt werden, so dass einerseits politischer Druck erzeugt wird, andererseits politische Interventionen aber auch passgenauer erfolgen können⁵.

Mit den Daten der Studie „Altersvorsorge in Deutschland 2005“ (AVID 2005) können auch Auswertungen auf der Ebene der Bundesländer erfolgen. Während bisher allgemeine Entwicklungen und Trends oder auch bestimmte Gruppen wie ungesicherte Selbstständige im Fokus der Berichterstattung standen, sollen im Folgenden Ergebnisse auf der Ebene der Bundesländer vorgestellt werden⁶. Es werden die projizierten monatlichen Anwartschaften aus der gesetzlichen RV für Männer und Frauen, die Höhe der (eigenen) Brutto-Alterseinkommen für Männer und Frauen, der Anteil der drei Säulen am jeweiligen Brutto-Alterseinkommensvolumen sowie die Netto-Alterseinkommen für Ehepaare und Alleinstehende dargestellt.

2. Datenbasis

In die Studie AVID 2005 sind grundsätzlich Deutsche der Geburtsjahrgänge 1942–1961 einbezogen, wobei Ehepartner auch einbezogen wurden, wenn sie früher oder später geboren wurden, bzw. eine andere

Tabelle 1: Beteiligungen und projizierte monatliche Anwartschaften in der gesetzlichen RV

	Männer		Frauen	
	in %	in EUR	in %	in EUR
Schleswig-Holstein mit Hamburg	94	1 058	99	611
Niedersachsen mit Bremen	96	1 113	98	629
Nordrhein-Westfalen	95	1 211	98	625
Hessen	94	1 256	97	699
Rheinland-Pfalz	95	1 157	97	567
Baden-Württemberg	95	1 248	98	668
Bayern	95	1 127	98	722
Saarland	98	1 139	99	460
Berlin	96	1 027	99	798
Brandenburg	100	952	100	799
Mecklenburg-Vorpommern	100	889	100	785
Sachsen	100	933	100	831
Sachsen-Anhalt	99	954	100	775
Thüringen	100	924	100	830

Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

Staatsangehörigkeit haben. Die AVID 2005 enthält Angaben zu Lebensverläufen und Altersvorsorge von 12 218 Personen auf der Individualebene bzw. 13 716 auf der Ebene der Ehepaare. Mithilfe einer individuellen Fortschreibung werden aus den detaillierten Angaben künftige, projizierte Alterssicherungsanwartschaften errechnet⁷.

Die Zuordnung zu den Bundesländern erfolgt für die hier dargestellten Auswertungen über den Wohnort zum Befragungszeitpunkt (Hauptbefragung 2002). Die Zuordnung zu einem Merkmal an einem bestimmten Zeitpunkt bedingt eine gewisse Unschärfe, da mit regionaler und auch regional spezifischer Mobilität der Bevölkerung zu rechnen ist⁸. Allerdings erschwert eine längsschnittliche Definition die Zuordnung erheblich, so dass diese Unschärfe für die AVID 2005 in Kauf genommen wurde.

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Bundesländer und den damit verbundenen unterschiedlichen Fallzahlen mussten die Daten für zwei Stadtstaaten mit denen der angrenzenden Bundesländer zusammengefasst werden: Hamburg mit Schleswig-Holstein und Bremen mit Niedersachsen.

Bei den Berechnungen der AVID 2005 wird die Entwicklung der Alterseinkommen unter Berücksichtigung veränderter Erwerbsbiographien in den Vordergrund gestellt. Da bei dieser Standardbetrachtung bei der Bewertung der Anwartschaften einheitlich der aktuelle Rentenwert (West bzw. Ost) 2005 unterstellt wird, ist zu beachten, dass die Werte für die alten und neuen Bundesländer strenggenommen nicht direkt vergleichbar sind⁹.

3. Ergebnisse

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass die Beteiligungsquoten für die gesetzliche RV relativ einheitlich hoch sind: In den neuen Bundesländern liegen sie für Männer und Frauen bei 100 %, lediglich in Sachsen-Anhalt ergibt sich bei den Männern eine geringfügig abweichende Quote von 99 %. Bei den Frauen in den alten Bundesländern liegt die Beteiligungsquote durchgängig bei mindestens 97 %. Lediglich bei den Männern in den alten Bundesländern ergibt sich ein differenzierteres Bild, dort reicht die Spanne der Beteiligungsquoten von 94 % in Schleswig-Holstein mit Hamburg und Hessen bis zu 98 % im Saarland¹⁰.

Die projizierten Anwartschaften in Euro unterscheiden sich vor allem in den alten Bundesländern, während sich die Werte in den neuen Bundesländern

⁷ Eine detaillierte Beschreibung der Methode und Datenbasis findet sich in TNS Infratest Sozialforschung (2007): a. a. O., Kapitel 1 und 2.

⁸ Vgl. dazu Habich, Spellerberg (2008): Lebensbedingungen im regionalen Vergleich, in: Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 232–329, S. 325 ff.

⁹ Vgl. zur Begründung der Standardperspektive sowie weiteren ergänzenden Berechnungen TNS Infratest Sozialforschung (2007): a. a. O.

¹⁰ Berlin lässt sich keinem der beiden Landesteile eindeutig zuordnen und zeigt auch bei den Ergebnissen eine Art „Zwischenstatus“. Darauf wird im Folgenden aber nicht näher eingegangen.

Tabelle 2: Höhe der projizierten eigenen Brutto-Alterseinkommen (in EUR pro Monat)

	Männer	Frauen
Schleswig-Holstein mit Hamburg	1 799	827
Niedersachsen mit Bremen	1 658	836
Nordrhein-Westfalen	1 826	839
Hessen	1 950	991
Rheinland-Pfalz	1 788	763
Baden-Württemberg	1 962	932
Bayern	1 789	955
Saarland	1 682	566
Berlin	1 519	1 043
Brandenburg	1 236	1 075
Mecklenburg-Vorpommern	1 053	905
Sachsen	1 115	943
Sachsen-Anhalt	1 162	891
Thüringen	1 121	1 104

Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

recht einheitlich darstellen. Die höchsten Anwartschaften werden von Männern in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erreicht (jeweils über 1 200 EUR). Vergleichsweise geringe Anwartschaften für Männer in den alten Bundesländern finden sich in Schleswig-Holstein mit Hamburg (unter 1 100 EUR).

Die geringsten Anwartschaften aus der gesetzlichen RV in den neuen Bundesländern werden in Mecklenburg-Vorpommern erreicht (unter 900 EUR), doch sind die Unterschiede hier eher gering.

Bei den Frauen finden sich die höchsten Beträge in den neuen Bundesländern und Berlin (jeweils über bzw. um 800 EUR). In den alten Bundesländern erreichen lediglich Frauen in Bayern und Hessen Werte über bzw. um 700 EUR, alle anderen liegen (teilweise deutlich wie im Saarland mit 460 EUR) darunter.

In Tabelle 2 werden die personenbezogenen Brutto-Alterseinkommen dargestellt. Dabei fallen ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Die höchsten Werte ergeben sich wie oben für Männer in Baden-Württemberg und Hessen (über 1 900 EUR), während sich für Niedersachsen mit Bremen und das Saarland verhältnismäßig niedrige Werte zeigen (unter 1 700 EUR). Männer in Schleswig-Holstein mit Hamburg können im Durchschnitt ihre niedrigen Anwartschaften in der gesetzlichen RV (vgl. Tabelle 1) ausgleichen und finden sich (mit etwa 1 800 EUR) bezüglich der Brutto-Alterseinkommen nicht mehr am unteren Rand der alten Bundesländer.

Die Einkommen der Männer in den neuen Bundesländern liegen dagegen sehr viel näher zusammen, die Spanne reicht von rd. 1 050 EUR in Mecklenburg-Vorpommern bis zu rd. 1 200 EUR in Brandenburg.

Bei den Frauen in den alten Bundesländern finden sich hohe Werte für Hessen (knapp 1 000 EUR), aber auch für Bayern und Baden-Württemberg (jeweils über 900 EUR). In den neuen Bundesländern findet sich der geringste Wert für Sachsen-Anhalt (knapp 900 EUR), der höchste für Thüringen (rd. 1 100 EUR), aber auch Frauen in Brandenburg und Berlin verfügen im Durchschnitt über ein Brutto-Alterseinkommen von mehr als 1 000 EUR.

Werden die Anteile der drei Säulen am Einkommensvolumen der Männer betrachtet (Abb.1, S.294), so fällt gerade in Bezug auf Schleswig-Holstein mit Hamburg auf, dass die geringen Anwartschaften in der gesetzlichen RV im Durchschnitt offensichtlich vor allem durch Anwartschaften in anderen Systemen der ersten Säule (hier: Beamtenversorgung, Berufsständische Versorgungswerke und Alterssicherung der Landwirte) ausgeglichen werden. Die gesetzliche RV spielt bei den Männern in dieser Region im Vergleich zu den anderen Bundesländern die geringste Rolle (56 % des gesamten Brutto-Alterseinkommensvolumens), andere Systeme der ersten Säule die größte (23 %).

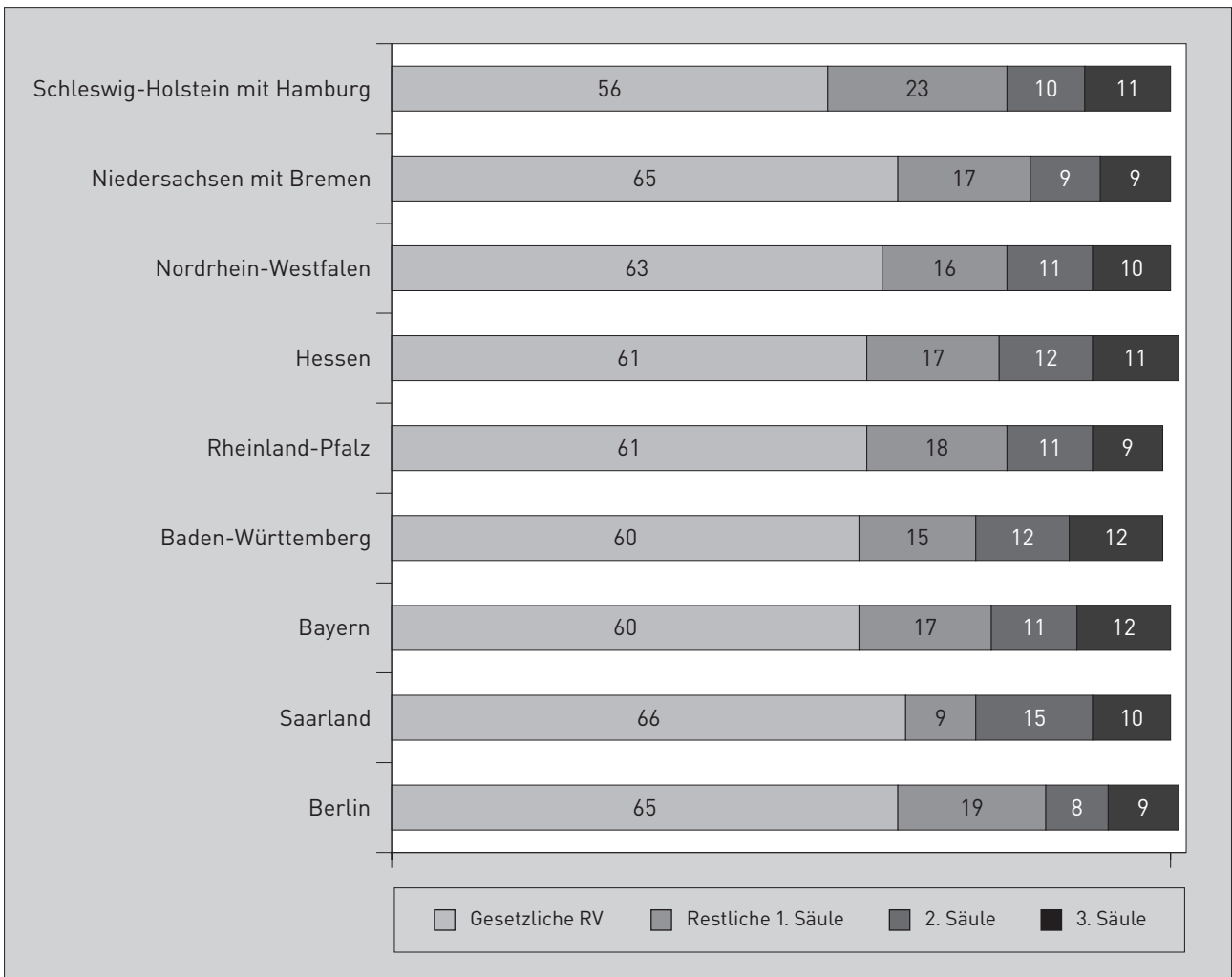
Auffällig ist ebenfalls, dass die gesetzliche RV in den Bundesländern eine größere Rolle spielt, in denen die Bruttoalterseinkommen am unteren Rand liegen (Niedersachsen mit Bremen und Saarland). Offensichtlich werden in diesen Ländern weniger oft Anwartschaften in anderen Systemen (vor allem der ersten Säule) aufgebaut. Die zweite, betriebliche Säule spielt im Saarland dagegen die größte Rolle im Vergleich der alten Bundesländer (15%). Der Anteil der privaten Anwartschaften (hier: private Rentenversicherungen, Kapitallebensversicherungen und Riester-Renten) zeigt dagegen wenig Varianz und liegt für die Männer in den alten Bundesländern zwischen 9 % und 12 %.

Für die neuen Bundesländer werden in Abb.2 (s. S.294) alle Systeme der 1. Säule zusammen ausgewiesen. Die gesetzliche RV spielt in diesem Teil Deutschlands immer noch eine dominante Rolle und die Beteiligung in den anderen Systemen der 1. Säule ist so gering, dass aufgrund niedriger Fallzahlen an dieser Stelle auf eine weitere Differenzierung verzichtet werden muss.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der 1. Säule (hauptsächlich gesetzliche RV) demnach auch (noch) wesentlich größer als in den alten Bundesländern, Anwartschaften in anderen Systemen tragen jeweils nur mit Anteilen im einstelligen Bereich zum gesamten Brutto-Alterseinkommensvolumen bei (Abb. 2). Der Anteil der 2. betrieblichen Säule beträgt lediglich zwischen 3 % und 5 %, der Anteil der privaten Vorsorge liegt etwas höher zwischen 7 % und 9 % des Alterseinkommensvolumens.

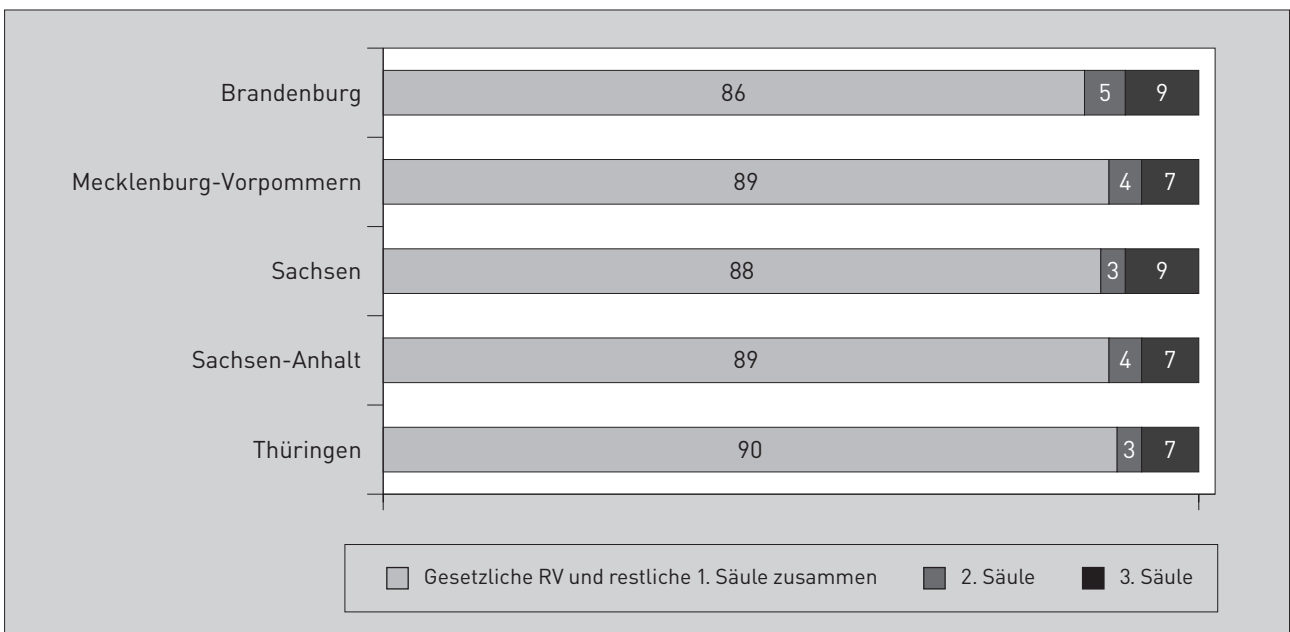
Bei den Frauen sind die Anwartschaften aus der gesetzlichen RV grundsätzlich wichtiger für das gesamte Alterseinkommen als bei den Männern, jeweils mindestens 70 % des Einkommensvolumens gehen

Abb. 1: Anteile der Säulen am Brutto-Alterseinkommensvolumen, Männer alte Bundesländer und Berlin (in %)



Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

Abb. 2: Anteile der Säulen am Brutto-Alterseinkommensvolumen, Männer neue Bundesländer (in %)



Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

Tabelle 3: Höhe der projizierten Netto-Alters-einkommen im Haushaltskontext (in EUR pro Monat)

	Ehepaare	Alleinstehende
Schleswig-Holstein mit Hamburg	2 351	1 310
Niedersachsen mit Bremen	2 340	1 045
Nordrhein-Westfalen	2 430	1 220
Hessen	2 638	1 391
Rheinland-Pfalz	2 272	1 252
Baden-Württemberg	2 651	1 308
Bayern	2 479	1 268
Saarland	2 162	(1 003)
Berlin	2 528	1 046
Brandenburg	2 168	913
Mecklenburg-Vorpommern	1 860	821
Sachsen	1 964	829
Sachsen-Anhalt	1 928	855
Thüringen	1 976	1 043

Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte, Werte in Klammern n < 30.

auf diese Quelle zurück (Abb. 3, S. 296). Dafür spielt die 2. betriebliche Säule nur eine entsprechend geringe Rolle, die Anteile bleiben auch in den alten Bundesländern im einstelligen Bereich. Bei der privaten Vorsorge stehen Frauen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vergleichsweise gut da, sie erreichen Anteilswerte von über 10%. Wie bei den Männern zeigt sich ansonsten in der 3. Säule wenig Varianz.

Bei den Frauen in den neuen Bundesländern ist das Muster dem der Männer sehr ähnlich, die 1. Säule, weiterhin meist die gesetzliche RV, spielt eine dominierende Rolle, sowohl für die 2. als auch für die 3. Säule ergeben sich lediglich Anteile am Alterseinkommensvolumen im einstelligen Prozentbereich (Abb. 4, S. 296). Auch hier wurden wie für die Männer alle Systeme der 1. Säule zusammen ausgewiesen.

Tabelle 3 bezieht nun für die Betrachtung der Netto-Alterseinkommen den Haushaltskontext mit ein,

¹¹ Vgl. Habich, Spellerberg (2008): a. a. O., S. 232–329, S. 327; GfK (2009): Kaufkraft Deutschland 2009, www.gfk-geomarketing.de. Belegt wird nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, sondern auch ein deutlicher Ost-West-Unterschied. Dieser ist allerdings in der hier gewählten Standardbetrachtung der AVID 2005 (projizierte Alterseinkommen in Werten von 2005 unter Verwendung des aktuellen Rentenwerts Ost bzw. West, 2005, s. oben) nicht korrekt zu spezifizieren.

¹² Laut Farnhauer, Granato (2006): Regionale Arbeitsmärkte in Westdeutschland: Standortfaktoren und Branchenmix entscheidend für Beschäftigung, in: IAB Kurzbericht Nr. 4/2006, war die Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum von 1993–2001 in den alten Bundesländern nur in Bayern und im Saarland positiv.

soweit er in der AVID 2005 bekannt ist, d. h., für Ehepartner werden die personenbezogenen Einkommen addiert und Netto-Beträge errechnet.

In den alten Bundesländern liegen die Netto-Alterseinkommen für Ehepaare zwischen rd. 2 160 EUR im Saarland und rd. 2 650 EUR in Baden-Württemberg. Auch in Hessen wird wieder ein überdurchschnittlicher Wert erreicht (über 2 600 EUR). Bei Alleinstehenden zeigt sich der geringste Betrag ebenfalls im Saarland (rd. 1 000 EUR), an der Spitze steht bei dieser Betrachtung wiederum Hessen mit im Durchschnitt fast 1 400 EUR. Bei den Alleinstehenden sollte allerdings einschränkend beachtet werden, dass aufgrund der oft relativ geringen Fallzahlen nur Tendenzen abgeleitet werden können.

In den neuen Bundesländern zeigt sich vor allem in Brandenburg ein hohes Einkommen für Ehepaare (über 2 100 EUR), während in Mecklenburg-Vorpommern mit unter 1 900 EUR das geringste Einkommen für Ehepaare verzeichnet wird. Bei Alleinstehenden wird in Thüringen der höchste Wert für die neuen Bundesländer erreicht (über 1 000 EUR), die geringsten finden sich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (unter 850 EUR). In Berlin zeigt sich besonders für Ehepaare mit über 2 500 EUR ein relativ hoher Betrag, aber auch die Alleinstehenden erreichen im Durchschnitt immerhin einen Betrag von über 1 000 EUR.

4. Schlussbetrachtung

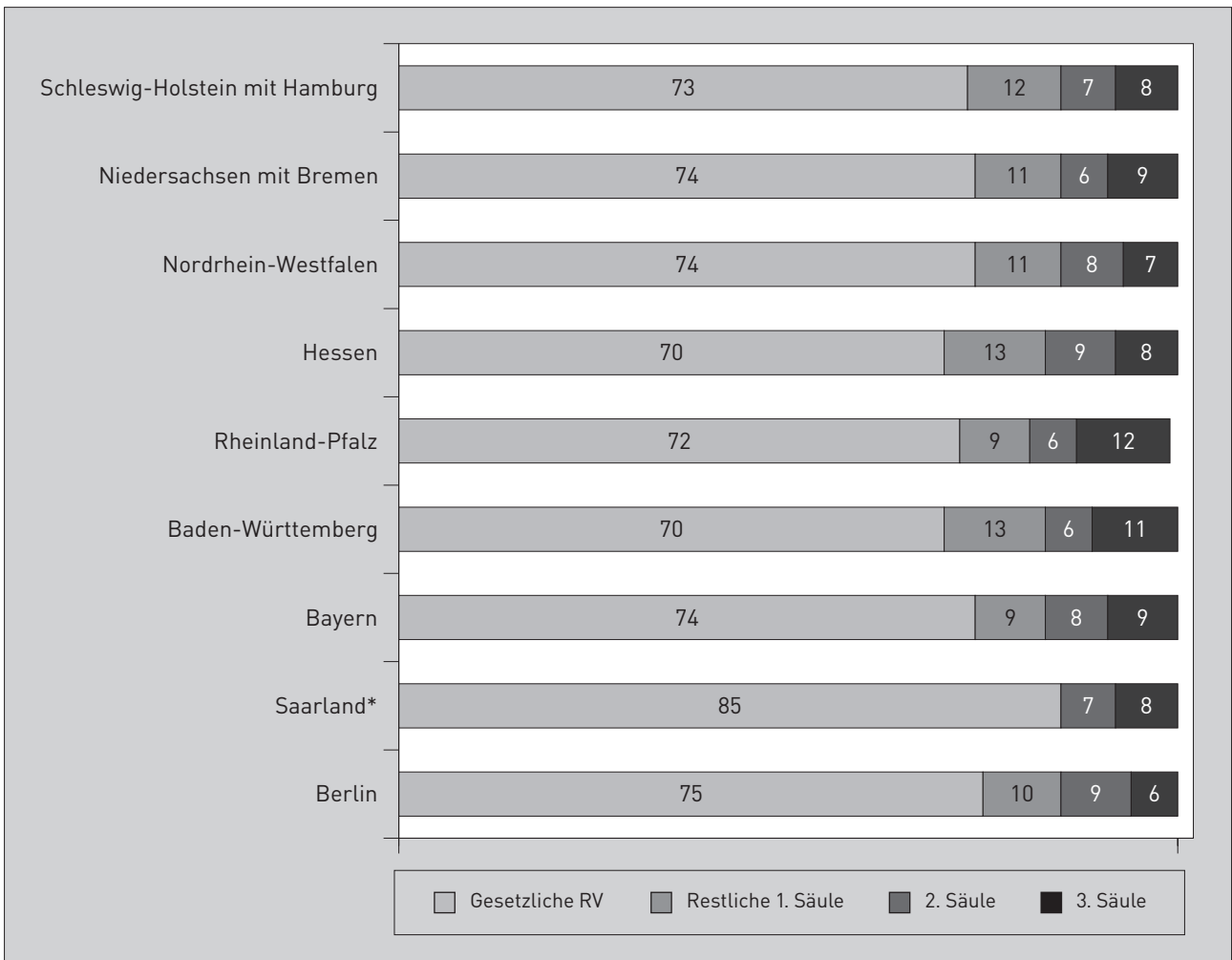
Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Betrachtung nach Bundesländern interessante, weiterführende Ergebnisse liefert.

So zeigt sich bei den künftigen Alterseinkommen in den alten Bundesländern, wie oft in anderem Zusammenhang belegt (z. B. bei Kaufkraft, Wirtschaftskraft, Beschäftigung), ein Nord-Süd-Gefälle¹¹: Grundsätzlich sind die durchschnittlichen Alterseinkommen in den südlichen Bundesländern (vor allem Baden-Württemberg und Hessen, aber auch Bayern) höher als in den nördlichen. Eine Ausnahme bildet das Saarland, es liegt am unteren Ende bei einem Vergleich der alten Bundesländer. Hier scheint der Strukturwandel zumindest in dem von der Studie betrachteten Zeithorizont noch nicht zu höheren künftigen Alterseinkommen zu führen¹².

In den neuen Bundesländern ist die Varianz geringer, die künftigen Alterseinkommen liegen sehr viel näher beieinander. Hier ergeben sich im Ländervergleich auch nur geringe Unterschiede zwischen der Betrachtung der Anwartschaften aus der gesetzlichen RV einerseits und der gesamten Brutto-Alterseinkommen andererseits.

Das Schlusslicht der neuen Bundesländer bildet Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Ergebnis steht wohl vor allem im Zusammenhang mit einer schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sowohl bei der Arbeitslosenquote als auch bei der Entwicklung der

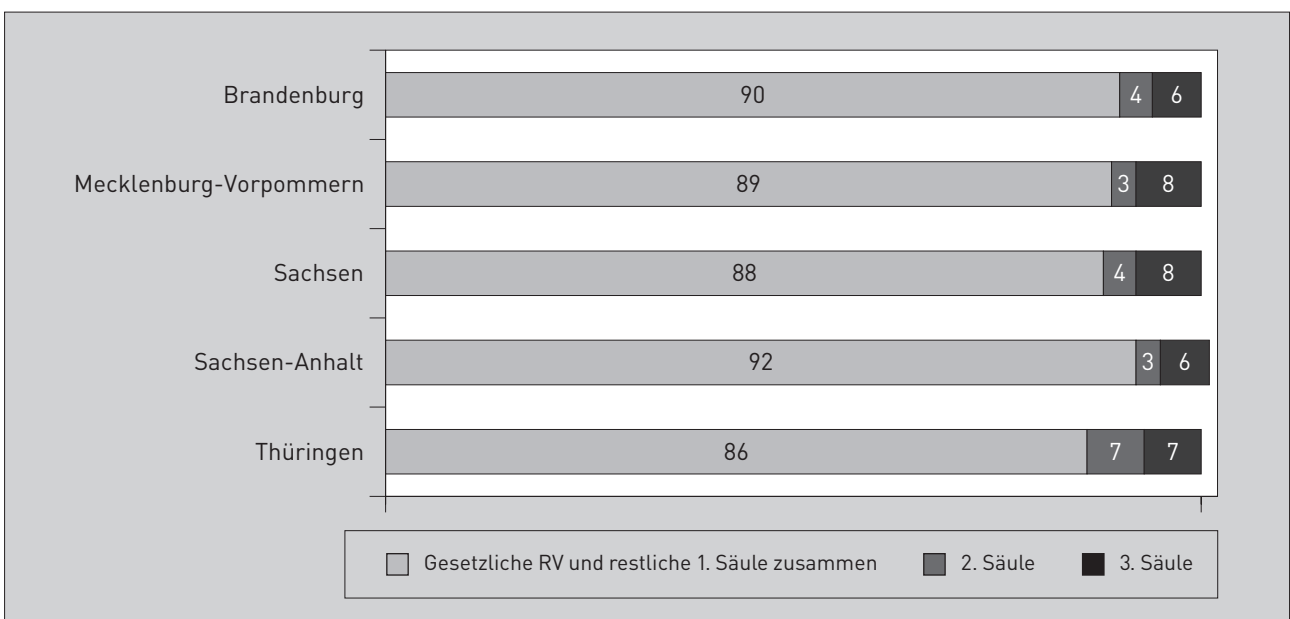
Abb. 3: Anteile der Säulen am Brutto-Alterseinkommensvolumen, Frauen alte Bundesländer und Berlin (in %)



* Aufgrund geringer Fallzahlen muss die 1. Säule auch für die Frauen im Saarland zusammengefasst ausgewiesen werden.

Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

Abb. 4: Anteile der Säulen am Brutto-Alterseinkommensvolumen, Frauen neue Bundesländer (in %)



Quelle: AVID 2005, Basisszenario, Standardwerte.

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den letzten Jahren schneidet Mecklenburg-Vorpommern eher schlecht ab¹³. Diese ungünstige Situation zeigt sich ebenfalls in den hier vorgestellten Ergebnissen zu künftigen Alterseinkommen.

Darüber hinaus spielt die gesetzliche RV allgemein zwar eine wichtige Rolle für die künftigen Alterseinkommen, andere Systeme (vor allem der 1. Säule) leisten aber je nach Bundesland ebenfalls einen großen Beitrag zum durchschnittlichen Alterseinkommensvolumen (z. B. in Schleswig-Holstein mit Hamburg). Diese strukturellen Effekte sollten bei der Betrachtung künftiger Alterseinkommen nicht vernachlässigt werden und grundsätzlich sollte daher auch bei regionalen Fragestellungen wenn möglich auf die gesamten Alterseinkommen abgestellt werden.

Ähnliches gilt für den Haushaltskontext. Er spielt bei der Bewertung der künftigen Situation nicht nur im Durchschnitt eine wichtige Rolle, auch im Einzelfall

können niedrige Alterseinkommen durch Einkommen des Partners ausgeglichen werden.

Schwierig erscheint die Situation dann, wenn einerseits nicht genügend Anwartschaften in einem System der 1. Säule aufgebaut werden können, z. B. wegen Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen, andererseits aber auch keine zusätzliche betriebliche oder private Vorsorge getroffen werden kann, und dies nicht durch entsprechende Alterseinkommen eines Partners ausgeglichen werden kann. Die hier vorgestellten Ergebnisse auf der Ebene der Bundesländer geben weitere Hinweise darauf, dass die Möglichkeiten, eine solche Situation zu vermeiden, auch regional unterschiedlich verteilt sind.

In den hier vorgestellten Ergebnissen spiegeln sich verschiedene strukturelle Faktoren wider, die einem langfristigen und regional spezifischen Wandel unterliegen. Während die AVID 2005 grundsätzlichen Handlungsbedarf aufzeigen kann, müssen regionalpolitische Empfehlungen vor allem Daten in Betracht ziehen, die nähere Informationen zu den Ursachen dieser Entwicklungen liefern können.

¹³ Vgl. Habich, Spellerberg (2008): a. a. O., S. 232–329, S. 327 f.